

„Der Weg zur Deutschen Einheit“

Referat zur Ausstellungseröffnung am 1. Oktober 2015 im Kreishaus in Aalen

Anrede

I)

Übermorgen, am 3. Oktober, jährt sich für uns Deutsche ein wahrhaft geschichtsträchtiger Tag zum 25. Mal. Am 3. Oktober 1990 trat der am 20. August 1990 von der Volkskammer der DDR und tags darauf vom Deutschen Bundestag verabschiedete Beschluss über den Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland in Kraft. Mit diesem Vorgang fand der Vereinigungsprozess der seit 1949 getrennten beiden Teile Deutschlands staats- und völkerrechtlich seinen Abschluss. Gerade uns Älteren sind jene zum Teil überschwänglichen Freudensfeste, die an diesem 3. Oktober 1990 überall in Deutschland – im Osten wie im Westen und ganz besonders in Berlin - gefeiert wurden, noch lebhaft in Erinnerung. An diesem Tag wurde Wirklichkeit, was in der mehr als 40 Jahre währenden Trennungszeit kaum mehr erhofft worden war und was deshalb einem historischen Wunder gleichkam.

Der 25. Jahrestag der deutschen Wiedervereinigung wurde vom Bundesaußenministerium und der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur zum Anlass genommen, unter dem Titel „Der Weg zur Deutschen Einheit“ eine Ausstellung zusammen zu stellen, um damit diesen historisch so bedeutsamen Vorgang zu würdigen. In 20 Ausstellungsplakaten hat der aus Baden-Württemberg stammende Historiker Dr. Ulrich Mählert, der seit mehr als 10 Jahre Leiter des Arbeitsbereiches Wissenschaft und internationale Zusammenarbeit der Bundesstiftung ist, eine anschauliche und fundierte Dokumentation geschaffen, die durch entsprechende Texte und über 150 Photos nicht nur die Geschichte der

friedlichen Revolution des Jahres 1989 beschreibt, sondern auch auf die daraus erwachsenen innerdeutschen und weltpolitischen Implikationen eingeht.

Im Namen der Vereinigung „Gegen Vergessen – Für Demokratie“, deren Landesvorsitzender ich lange war, freue ich mich sehr, dass wir auch diese Ausstellung in bewährter und vertrauensvoller Zusammenarbeit mit dem Ostalbkreis in dessen Kreishaus der Öffentlichkeit präsentieren können. Ich danke deshalb insbesondere Ihnen, lieber Herr Landrat Pavel und ihrer zuverlässigen und aufgeschlossenen Mitarbeiterin Frau Julia Bildhauer für die gute Zusammenarbeit bei der Vorbereitung und der Durchführung der Ausstellung und ich hoffe sehr, dass diese bei den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt und des gesamten Landkreises und vor allem bei vielen jungen Menschen die erhoffte Resonanz findet.

Ich sehe nun meine Aufgabe in dem mir übertragenen Referat nicht darin, die einzelnen Schautafeln und deren Inhalt minutiös zu beschreiben und zu kommentieren. Sie alle, meine Damen und Herren, sind des Schauens und des Lesens kundig und können beim Rundgang durch die Ausstellung Ihre eigenen Schwerpunkte setzen. Ich will mich vielmehr in meinem Einführungsreferat auf drei Themen konzentrieren, die mir wichtig erscheinen: In einem ersten Teil soll nochmals auf die dramatischen Ereignisse der Jahre 1989 und 1990 eingegangen werden, die schliesslich zur Wiedervereinigung geführt haben. Ich werde dabei auch einige Fakten ansprechen, die in der Ausstellung nur cursorisch behandelt sind oder keinen Eingang gefunden haben. In einem zweiten Teil will ich den Versuch einer Bewertung unternehmen, wie es um die Deutsche Einheit 25 Jahre nach den historischen Ereignissen des 3. Oktober 1990 bestellt ist. In einem letzten Abschnitt sollen einige Gedanken zu der Frage entwickelt werden, ob und in welchem Umfang sich die Stellung des wiedervereinigten Deutschlands in Europa und der übrigen Welt im Vergleich zu der Zeit vor 25 Jahren verändert hat.

II)

Wer sich die dramatischen Ereignisse der Jahre 1989 und 1990 in der damaligen DDR nochmals vergegenwärtigt, wird unwillkürlich an den blutig niedergeschlagenen Volksaufstand im Juni 1953 erinnert. Im Ergebnis handelte es sich in beiden Fällen um das Aufbegehren gegen eine diktatorische Allmacht der Staatsgewalt und um das Verlangen nach mehr persönlicher Freiheit. Gleichwohl scheint es mir geboten, vor voreiligen Parallelen zu warnen. Allein schon deshalb weil die Folgen dieses Aufbegehrens völlig andere waren. Hinzu kommt, dass die Umstände in der DDR vor 25 Jahren nur bedingt vergleichbar waren mit denen des Jahres 1953. Nur anhand weniger Beispiele soll dies verdeutlicht werden: So war die wirtschaftliche Situation der DDR im Hinblick auf die damalige allgemeine Entwicklung in der übrigen Welt wenige Jahre nach Ende des 2. Weltkrieges im Jahre 1989 wesentlich schlechter. Die Versorgungsschwierigkeiten der Bevölkerung, aber auch die Unterdrückungsmaßnahmen seitens der Staatsgewalt hatten sich in den 80iger Jahren deutlich verschärft. Im Ergebnis stand die DDR in diesen Jahren vor dem Staatsbankrott, der zu einem erheblichen Teil nur dadurch verhindert wurde, dass der 1983 durch den bayrischen Ministerpräsidenten Franz-Josef Strauß und dem kürzlich am Tegernsee verstorbenen Chef für Aussenhandel der DDR, Alexander Schalk-Golokowski vereinbarte Deal der DDR einen von einem westdeutschen Bankenconsortium gewährten Milliardenkredit bescherte. Von Bedeutung für die Stimmung in der DDR-Bevölkerung waren zweifellos auch die von der Bundesregierung unter den Kanzlern Willi Brandt, Helmut Schmidt und Helmut Kohl ertrotzten Passierscheinabkommen der 70iger und 80iger Jahre, die zwar nur einem kleinen Bruchteil der DDR-Bevölkerung eine zeitlich beschränkte Reise in die Bundesrepublik und nach Westberlin ermöglichten. Deren Erkenntnisse über die gewaltigen Unterschiede des Lebens in der Bundesrepublik und in der DDR haben aber zweifelsohne ihren Niederschlag im verstärkten Aufbegehren gegen die misslichen Verhältnisse in der DDR gefunden. Ganz maßgebend ist dieser Stimmungswandel auch durch den 1975 in Gang gekommenen KSZE-Prozess und die in anderen Ländern des Ostblocks sichtbar gewordenen Freiheitsbewegungen

gefördert worden. Beispielhaft erwähnt sei nur die Gewerkschaftsbewegung „Solidarnosc“ in Polen, die nach ihrem Aufstand in der Danziger Leninwerft im August 1980 zwar gewaltsam unterdrückt wurde, deren Ideen aber in den Köpfen vieler Polen lebendig blieben und schliesslich Ende der 80iger Jahre zur Überwindung des kommunistischen Zwangsregimes in Polen geführt haben. Schliesslich muss als ganz besonders wichtiger Umstand dieses Gesinnungswandels der von Michael Gorbatschow eingeleitete staats- und gesellschaftspolitische Wandel in der Sowjetunion als der Führungsmacht im damaligen Ostblock hervorgehoben werden. Trotz des verzweifelten Versuchs der starrköpfigen DDR – Führung unter Erich Honecker, die Ideen von Perestroika und Glasnost zu bekämpfen und vor den Bürgerinnen und Bürgern der DDR zu verheimlichen, gaben diese Ideen den latent immer vorhanden gewesenen Widerstandsbewegungen ungeahnten Auftrieb, staatlichen Zwang, Unterdrückung und Tyrannei durch ein freiheitliches und demokratisches System zu überwinden.

In so mancher Gedenkfeier zur friedlichen Revolution in der DDR wird zuweilen der Eindruck vermittelt, von Anfang an sei in Ost und West das Verlangen nach der staatlichen Einheit der beiden Teile Deutschlands das allein ausschlaggebende Motiv des damaligen Handelns gewesen. Eine solche Feststellung käme freilich einer unzulässigen Verkürzung der damaligen Geschehensabläufe gleich. Wir Älteren erinnern uns mit Hochachtung und Dankbarkeit der mutigen Massendemonstrationen vom Herbst 1989 in Leipzig, Berlin und vielen anderen Städten der DDR. Anfänglich noch von Sicherheitsorganen der DDR gewaltsam aufgelöst, kam es am 9. Oktober 1989 in Leipzig zu einer Montagsdemonstration mit rund 100000 Teilnehmern und am 4. November 1989 zu einer weiteren derartigen Demonstration auf dem Ostberliner Alexanderplatz, an der mehr als 800000 Menschen teilnahmen. Auf beiden Demonstrationen wurde freilich nicht die Auflösung der DDR und deren Anschluss an die Bundesrepublik gefordert, sondern deren Umgestaltung in einen demokratischen Rechtsstaat mit Meinungsfreiheit, freien Wahlen, Ende von Unterdrückungsmaßnahmen und des alleinigen Führungsanspruches der SED – alles

untermauert mit dem Ruf „Wir sind das Volk!“.

Auch die im Herbst 1989 gebildeten Bürgerbewegungen in der DDR – genannt seien das „Neue Forum“ mit den Bannerträgern Bärbel Bohley, Jens Reich und der Witwe des verstorbenen Systemkritikers Wolfgang Havemann und die Bewegung „Demokratie jetzt“, deren maßgebende Sprecher Ulrike Poppe, Katrin Göring-Eckart und Wolfgang Tiefensee waren – erklärten in ihren Gründungsprotokollen und in ihrer praktischen Widerstandsarbeit Freiheit und Menschenwürde, lebendigen Pluralismus, Rechtsstaatlichkeit, demokratische und gesellschaftliche Veränderungen in der DDR, freie Wahlen und die Abschaffung des Führungsanspruchs der SED zum Maßstab und Ziel ihres politischen Handelns. Beide maßgebenden Bürgerbewegungen gingen also zum damaligen Zeitpunkt vom Fortbestehen der Zweistaatlichkeit Deutschlands aus.

Dies gilt auch für die Deutschlandpolitik der Bundesregierung unter Helmut Kohl und der SPD als größter Oppositionsfraktion unter Hans-Jochen Vogel im Herbst 1989. Noch am 5. September 1989, als die Massenflucht aus der DDR durch die Grenzöffnung in Ungarn bereits ihren ersten Höhepunkt erreicht hatte, erklärte Bundeskanzler Kohl im Deutschen Bundestag: „Das Verhältnis der beiden Staaten in Deutschland ist ein wesentliches Element der Stabilität in Europa. Angesichts mancher Stimmen kann ich nur warnend sagen: Wer diese Stabilität gefährdet, muss wissen, welche Folgen dies für alle Beteiligten haben kann.“ In ähnlichem Sinne äusserte sich auch Hans-Jochen Vogel namens der SPD-Opposition, für die die Demokratisierung der DDR zum damaligen Zeitpunkt absoluten Vorrang hatte. Dies gilt im übrigen auch für die FDP und ihren Vorsitzenden, Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher.

Nach dem Mauerfall in Berlin am 9. November 1989 und der anschliessenden Grenzöffnung der bisherigen Übergangsstellen zwischen der Bundesrepublik und der DDR änderte sich diese politische Grundhaltung in Ost und West freilich radikal und in atemberaubender Geschwindigkeit. Dies zeigte sich in den dramatischen Wintermonaten 1989/1990 in mehrfacher Art und Weise. In den weiter anhaltenden

Montagsdemonstrationen trat zunehmend zu den Forderungen nach Demokratisierung und Rechtsstaatlichkeit das Begehren nach einer Wiedervereinigung der beiden Teile Deutschlands. Die Devise „Wir sind das Volk“ wurde von der Devise „Wir sind ein Volk“ abgelöst. In dem sog. „10-Punkte-Programm“, das Bundeskanzler Kohl am 28. November 1989 dem Deutschen Bundestag vorlegte, wurde erstmals nach der Schaffung einer deutsch-deutschen Konföderation als Übergangslösung die in freier Selbstbestimmung zu erfolgende Vereinigung der beiden deutschen Staaten als anzustrebendes Ziel formuliert. In ähnlichem Sinne trat am gleichen Tag die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag mit einem 5-Punkte-Programm auf den Plan, das sich von den Zielsetzungen der Bundesregierung nur insoweit unterschied, als der anzustrebende Wiedervereinigungsprozess in stärkere Abhängigkeit zum gesamteuropäischen Einigungsprozess gebracht wurde.

Von besonderer Dramatik war die politische Entwicklung in der DDR geprägt. Nach dem Sturz Erich Honeckers am 18. Oktober 1989 und nach dem Rücktritt des gesamten DDR-Ministerrates am 8. November wurde der pragmatische Hans Modrow, bis dahin Chef des SED-Bezirks Dresden, zum neuen Ministerpräsidenten der DDR gewählt. Auf seinen Vorschlag beschloss die DDR-Volkskammer im Februar 1990 ein neues Wahlgesetz, das erstmals freie und demokratische Wahlen zu einem Parlament in der DDR ermöglichte. Nach Durchführung dieser Wahlen zur Volkskammer, die am 18. März 1990 stattfanden und aus denen ein Dreiparteien-Bündnis, bestehend aus CDU, Demokratischer Aufbruch und Deutscher sozialer Union, als Sieger hervorging wurde am 12. April 1990 unter dem CDU-Politiker Lothar de Maiziere als Ministerpräsidenten eine Große Koalition gebildet, der auch die im September 1989 neu gegründete Ost-SPD angehörte. Damit war der Weg für Einigungsverhandlungen durch frei gewählte Volksvertretungen und Regierungen in Ost und West frei. Ein besonderer Markstein auf diesem Weg war der Abschluss der sog. „Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion“, die bereits am 1. Juli 1990 in Kraft trat. Durch diese Vereinbarung wurde unter anderem die Mark der DDR durch die D-Mark ersetzt, das Währungsgebiet der D-Mark also offiziell um das Gebiet der DDR

erweitert und die Verantwortung für die Geldpolitik in der DDR auf die deutsche Bundesbank übertragen. Vergleichbares erfolgte in Bezug auf die bisherige Wirtschafts- und Sozialordnung in der DDR. Dies bedeutete im Ergebnis nichts anderes als die Ersetzung der bisherigen sozialistischen Planwirtschaft durch die in der Bundesrepublik entwickelte soziale Marktwirtschaft. Der faktische Untergang der DDR und deren Anschluss an die Bundesrepublik, den der damalige Vorsitzende der PDS in der Volkskammer und heutige Oppositionsführer im Deutschen Bundestag Gregor Gysi in bedauernden Worten beredt zum Ausdruck brachte, wurde schliesslich durch die bereits eingangs erwähnten Vereinigungsbeschlüsse der Volkskammer und des Deutschen Bundestages vom August 1990 besiegelt. Das wiedervereinigte Deutschland konnte somit am 3. Oktober 1990 innerstaatlich und völkerrechtlich Wirklichkeit werden.

Dies alles hätte freilich ohne die Mitwirkung der Siegermächte des 2. Weltkrieges nie geschehen können. Denn es muss in diesem Zusammenhang daran erinnert werden, dass bis zu den dramatischen Ereignissen im Herbst und Winter 1989/1990 nicht nur die beiden deutschen Staaten gesellschaftspolitisch und ökonomisch völlig unterschiedlich ausgerichtet waren, sondern auch international total verschiedenen Bündnissen – hier der Nato, dort dem Warschauer Pakt – angehörten. Zu den bis dato ungelösten Fragen zählte auch die endgültige Festlegung der Grenze zwischen Deutschland und Polen. Auch muss daran erinnert werden, dass sich die Auffassungen im Hinblick auf eine deutsche Wiedervereinigung innerhalb der Siegermächte deutlich unterschieden. Während die Vereinigten Staaten von Amerika und hier speziell ihr damaliger Präsident Bush der Ältere und dessen Außenminister Baker den sich anbahnenden Wiedervereinigungsprozess aktiv beförderten, standen vor allem Großbritannien, speziell deren Premierministerin Margret Thatcher und mit gewissen Einschränkungen auch Frankreich unter dem damaligen Präsidenten Francois Mitterand dieser Entwicklung sehr kritisch gegenüber. Dies zeigte sich insbesondere bei den sog. 2 + 4 – Verhandlungen im Sommer 1990, an denen die 4 Siegermächte und die beiden deutschen Staaten teilnahmen. Bei diesen

Verhandlungen sollten die noch offene Friedensregelung nach Ende des 2. Weltkrieges und der endgültige völkerrechtliche Status eines wiedervereinigten Deutschlands festgelegt werden.

Den zweifelsohne wichtigsten und für sie besonders schmerzlichen Beitrag im Wiedervereinigungsprozess hatte freilich die Sowjetunion unter Michael Gorbatschow zu leisten. Man muss auch noch heute nach meiner festen Überzeugung mit Fug und Recht behaupten, dass ohne dessen zukunftsweisende Haltung das Einigungswerk so nicht hätte zustandekommen können, wie dies letztendlich geschehen ist. So muss daran erinnert werden, dass Gorbatschow bereits am 9. Februar 1990 – also noch im Anfangsstadium dieses Prozesses - Bundeskanzler Kohl gegenüber die Zusicherung gegeben hat, die Sowjetunion werde einer Wiedervereinigung und einer Eingliederung der DDR in das Rechts- und Wirtschaftssystem der Bundesrepublik nicht widersprechen. Bei diesem und nachfolgenden Gesprächen wurde zusätzlich der stufenweise Rückzug der sowjetischen Streitkräfte aus der DDR vereinbart. Helmut Kohl und Hans-Dietrich Genscher als Bundesaußenminister erreichten auch die Zusage Gorbatschows, dass das wiedervereinigte Deutschland Mitglied der NATO bleiben könne. Bis heute ist umstritten, ob diese Zusage Gorbatschows mit dem Vorbehalt verknüpft war, die NATO dürfe sich darüber hinaus nicht auf das Gebiet des damals noch existierenden Warschauer Paktes erstrecken, der NATO – Erweiterungsbeschluss des Jahres 1997 bzw. 2004 sonach einen Bruch dieses freilich nie schriftlich fixierten Vorbehaltes darstellen würde. Virulent ist diese Frage wieder in jüngster Vergangenheit im Zusammenhang mit der Ukraine-Krise und der neu entflammten Spannungen zwischen Russland und dem Westen geworden.

Mit der in den erwähnten 2 + 4 – Verhandlungen schliesslich getroffenen Vereinbarung über die Endgültigkeit der nach dem 2. Weltkrieg entstandenen Grenzziehung zwischen Deutschland und Polen entlang der Oder-Neisse-Linie wurden die letzten Hürden zum Abschluss dieses Vertrags überwunden, der am 12. September 1990 von den Vertragsparteien in Moskau unterzeichnet wurde. Dieser 2 + 4 – Vertrag wird heute als „Meisterwerk der Diplomatie“ bezeichnet, löste er doch

innerhalb kürzester Zeit Probleme, die eine ganze historische Epoche geprägt und gestaltet hatten. Er wurde deshalb im Jahre 2011 von der UNESCO in das Programm „Memory of the world“ aufgenommen.

III)

Wie stellt sich Gesamtdeutschland 25 Jahre nach dem „Wunder der Wiedervereinigung“ von 1990 dar? Lassen Sie mich im 2. Teil meines Referats dazu einige Bemerkungen machen.

Wer heute von Westdeutschland nach Ostdeutschland kommt, wird außer einigen zerfallenden Wachtürmen nichts mehr von der mörderischen Grenze und dem Todesstreifen bemerken, die die ehemalige DDR von der Bundesrepublik hermetisch abriegelten. Auch das Erscheinungsbild der meisten Städte und Gemeinden in den fünf neuen Bundesländern hat sich weitgehend dem im Westen Deutschlands angenähert, ja es ist in Teilen besser, als bei einigen Städten etwa des Ruhrgebietes. Auch die ursprünglich gravierenden Unterschiede des wirtschaftlichen und sozialen Lebens in den früher getrennten Teilen unseres Landes sind weitestgehend minimiert worden. Eine sehr erfreuliche Bilanz ist auch auf dem Gebiet des Schul- und Bildungswesens zu verzeichnen. So schneiden bei wissenschaftlichen Untersuchungen etliche Schulen in den neuen Bundesländern wesentlich besser ab, als entsprechende Schultypen in der alten Bundesrepublik.

All dies ist in entscheidendem Maße den Transferleistungen im Zuge der Programme zur Verbesserung der Infrastruktur und zur Wirtschaftsförderung zuzuschreiben. Dieser sog. „Aufbau Ost“ schlägt nach überschlägigen Schätzungen bisher mit ca. 300 – 400 Milliarden Euro zu Buche. Rechnet man die gesamten Transferleistungen, also auch die Übernahme von DDR-Verbindlichkeiten und die einigungsbedingten Sozialleistungen hinzu, die größtenteils zu Lasten der Renten- und Arbeitslosenversicherung gehen, so ergibt sich nach übereinstimmenden Schätzungen die stolze Summe von ca. 1,3 Billionen Euro, die in den letzten 25 Jahren von West nach Ost geflossen sind. Angesichts dieser Tatsachen mehren sich im politischen Bereich die Stimmen, damit müsse es nunmehr endlich finanziell sein Bewenden

haben. So wird beispielsweise die Diskussion über die angestrebte Neuordnung des Länderfinanzausgleichs auch von dieser Frage beherrscht.

Diese Aufbauleistungen stellen zweifelsohne eine eindrucksvolle Erfolgsbilanz dar. Freilich sind sie aber nur die eine Seite der Medaille. Auch an einem Gedenktag wie dem heutigen sollte nicht verschwiegen werden, dass es eine ganze Reihe von Entwicklungen gibt, die darauf hindeuten, dass der Einigungsprozess keineswegs als abgeschlossen angesehen werden kann und die zu vertieftem Nachdenken Anlass geben. So weist etwa das Bruttosozialprodukt trotz der enormen Transferleistungen nach wie vor enorme Unterschiede zwischen Ost und West auf. Lag dieses 2013 in der alten Bundesrepublik bei ca. 35000 Euro pro Einwohner, so wurde es in den neuen Bundesländer mit rund 24000 Euro deutlich unterschritten. Sämtliche 5 neuen Bundesländer liegen im Ländervergleich nach wie vor mit Abstand am Ende der Länderskala. Auch liegen die Arbeitslosenzahlen im Osten unserer Republik trotz einer erkennbaren Annäherung auch in diese Jahr noch um rund 3 Prozent höher als im Westen. Besonders bedenklich stellt sich jedoch die Bevölkerungsentwicklung im Osten Deutschlands dar. So hatten die ostdeutschen Bundesländer in der Zeit von 1990 bis 2013 mit etwa 1,6 Millionen Menschen einen Bevölkerungsverlust von rund 10% zu verkraften. Da vor allem jüngere Menschen dem Osten den Rücken kehren, verschiebt sich auch der Altersdurchschnitt zunehmend zum Nachteil der neuen Bundesländer. Zwar ist die bisweilen zu hörende Vokabel vom „Altersheim ehemalige DDR“ stark übertrieben, ja böswillig. Die aufgezeigte Entwicklung gibt jedoch m.E. zu erheblicher Sorge Anlass. Manche Enttäuschungen ehemaliger DDR-Bürger – genährt durch übertriebene Erwartungen und leichtfertige Versprechungen vor und nach der Wende - haben zunehmend dazu geführt, dass in manchen Teilen der Bevölkerung im Osten Deutschlands eine merkwürdige DDR-Nostalgie Platz gegriffen hat und vor allem ehemalige DDR-Funktionäre unverhohlen von den „sozialistischen Errungenschaften“ des früheren Systems schwärmen. Und da erfahrungsgemäss politische Extreme merkwürdige Verwandtschaften untereinander aufweisen, ist zumindest die Anfälligkeit für rechtsextremistisches Gedankengut in

den neuen Bundesländern ausgeprägter als in Westdeutschland. Nicht von ungefähr saßen und sitzen teilweise noch Parteien wie die NPD und DVU in einigen ostdeutschen Länderparlamenten und in kommunalen Wahlgremien. Erinnerung sei in diesem Zusammenhang auch an die verbrecherischen Untaten des nationalsozialistischen Untergrunds, der seinen Ursprung in Sachsen und in Thüringen hatte und dessen Netzwerk bis heute der vollständigen Aufhellung entbehrt. Vor diesem Hintergrund kann es kaum überraschen, dass die fremdenfeindliche Pegida-Bewegung von Dresden aus ihr Unwesen über Gesamtdeutschland ausgebreitet hat und die menschenverachtenden Gewaltmaßnahmen und Brandstiftungen gegen Flüchtlinge und deren Unterkünfte im Osten noch ausgeprägter sind, als dies zwischenzeitlich auch in der alten Bundesrepublik und bei uns in Baden-Württemberg – Gott sei es geklagt – der Fall ist. Letztlich sei in diesem Zusammenhang auf eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung aus dem Jahre 2013 verwiesen, in der eingehend die virulenten rechtsextremistischen Einstellungen in der Bevölkerung Gesamtdeutschlands untersucht worden sind. Dabei kommt die Studie zu dem Ergebnis, dass im Vergleich zum Jahre 2009 v.a. dadurch ein Anstieg rechtsextremen Denkens zu verzeichnen war, weil dieser in Ostdeutschland von 10,5 auf 15,8 % stark überdurchschnittlich zugenommen hat. Um nicht missverstanden zu werden: Durch die Erwähnung dieser Fakten soll die Freude über das gelungene Einigungswerk der Jahre 1989 und 1990 keineswegs geschmälert oder gar schlechtgeredet werden. Aber es gehört aus meiner Sicht zu den Geboten der politischen Redlichkeit, ob all dieser berechtigten Freude auch auf die Schattenseiten hinzuweisen, den der Einigungsprozess nach sich gezogen hat und die noch eine Menge Arbeit und entsprechender politischer Entscheidungen bedürfen.

IV)

Gestatten Sie, dass ich Ihre Aufmerksamkeit noch für einige Minuten in Anspruch nehme, um in einem 3. Abschnitt noch einige Bemerkungen zu der Frage vorzutragen, in welchem Umfang sich die Stellung und Bedeutung des größer gewordenen Deutschlands in Europa und der Welt verändert hat. Bei nüchterner Betrachtung kann

es m.E. keinem Zweifel unterliegen, dass Deutschland im Weltgeschehen heute eine andere Rolle zu spielen hat, als dies noch vor 25 Jahren der Fall war. Schon auf Grund ihrer geographischen Lage ist die größer gewordene Bundesrepublik zunehmend in den Mittelpunkt Europas gerückt. Mit ihren rund 82 Millionen Einwohnern ist sie auch bevölkerungsmäßig die mit Abstand größte Nation unseres Kontinents. Stellt man schliesslich in Rechnung, dass Deutschland auch in Bezug auf seine Wirtschaftskraft und seine Wirtschaftsdynamik den anderen europäischen Staaten deutlich überlegen ist, so leitet sich aus all diesen Komponenten eine politische Verantwortung ab, die so vor 25 Jahren nicht absehbar war. Diese gestiegene Verantwortung bringt zwangsläufig neue Herausforderungen im politischen Handeln der Bundesrepublik mit sich, die Chancen aber auch Risiken beinhalten. War etwa ein militärisches Engagement außerhalb der eigenen Landesverteidigung vor 1990 nahezu undenkbar, so gehören Bundeswehreinätze im Rahmen von UN-Schutzmaßnahmen oder anderer internationaler Verpflichtungen zu den neuen Aufgaben der Bundeswehr, die weit überwiegend vom Parlament und der Öffentlichkeit als notwendig anerkannt werden. Weit mehr noch ist die gestiegene politische Verantwortung unseres Landes im Zusammenhang mit der Bewältigung finanzieller und wirtschaftlicher Krisen deutlich geworden, die Europa vor allem in den letzten Jahren erschüttert haben. Dies hat dazu geführt, dass die Bundesrepublik und ihre verantwortlichen politischen Repräsentanten zu Hauptakteuren europäischer Politik geworden sind. Erinnerung sei in diesem Zusammenhang etwa an die bestimmende Rolle, die Bundeskanzlerin Angela Merkel beim Bemühen, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten in Griechenland und anderer südeuropäischer Staaten und die damit verbundene Eurokrise in begehbarer Bahnen zu lenken, gespielt hat. Nicht unerwähnt im Zusammenhang mit der gestiegenen Verantwortung dürfen auch die vielfältigen vermittelnden Bemühungen bleiben, die etwa Bundesaußenminister Steinmeier beim Zustandekommen des Atomabkommens mit dem Iran und bei der Bewältigung der Ukraine-Krise unternommen hat. Und es zeichnet sich immer deutlicher ab, dass in der gegenwärtigen alle anderen politischen Geschehnisse überlagernden Flüchtlingskrise der Bundesrepublik eine

Herkulesaufgabe zuwächst, dafür zu sorgen, dass die Einheit Europas nicht an nationalen Egoismen zu zerbrechen droht.

Freilich ist diese gestiegene Verantwortung und deren Handhabung nicht ohne Risiken. So darf nicht verkannt werden, dass auch Deutschland wohlgesonnene politische Repräsentanten und publizistische Beobachter in Europa zunehmend vor einer vermeintlichen Übermacht eines „Wirtschaftsriesen“ Deutschland warnen. Zwar besteht aller Grund, sich gegen beleidigende Karikaturen verantwortlicher deutscher Politiker zu wehren und etwa das Gespenst vom angeblich aufziehenden „Vierten Reich“ in die Kategorie verquerrer Phantasie zu verweisen. Aber gerade im Hinblick auf unsere eigene unheilvolle Vergangenheit, die uns die verbrecherische NS-Gewaltherrschaft beschert hat, haben wir allen Grund, solche Befürchtungen nicht einfach vom Tisch zu wischen, sondern sie ernst zu nehmen. Sie sollten, wie ich meine, unsere politisch Verantwortlichen dazu veranlassen, bei aller Bestimmtheit ihres Handelns den Geist der Geduld, der Zurückhaltung und des Kompromisses nicht außer acht zu lassen. Nicht Rechthaberei und Großmannssucht, sondern auch das Verständnis und die Solidarität mit den Schwächeren im internationalen Gefüge scheint mir insoweit das Gebot der Stunde zu sein – im eigenen nationalen, aber insbesondere auch im europäischen Interesse.

Ich bin mir bewusst, dass ich Ihre Geduld sehr lange in Anspruch genommen habe und dass meine Ausführungen inhaltlich den Rahmen gesprengt haben, der sonst bei Einführungsreferaten zu einer Ausstellung üblich ist. Aber vielleicht haben Sie gespürt, dass die angesprochenen Fragen auch einen „Politpensionär“, der ich nun seit etlichen Jahren bin, weiter beschäftigen und umtreiben. Die Freiheit, nicht mehr in der unmittelbaren politischen Verantwortung zu stehen, ermöglicht es auch, seine eigenen Gedanken und Meinungen etwas offener und unverblümter zum Ausdruck zu bringen, als dies wohl früher geboten gewesen wäre. Wenn ich insoweit auf Ihr Verständnis gestoßen bin, freut mich dies und ich danke Ihnen herzlich dafür.